

NOTIZEN FÜR EIN

SOZIALDEMOKRATISCHES REGIERUNGSPROGRAMM 2009-2013

Wir sind überzeugt, dass Politik mehr schaffen kann, als nur Erreichtes mühsam zu verteidigen. Wir wollen die Menschen für Politik begeistern und sie überzeugen. Mit Reformpolitik können Probleme angepackt und gelöst werden. Beispiele dafür sind die Erfolge unserer Maßnahmen am Arbeitsmarkt, bei der Einführung erneuerbarer Energien und der Ganztagesbetreuung ab dem ersten Geburtstag. Eine Phase steigender Lebensqualität in unserem Land und weltweit ist möglich, wenn wir den Weg der Erneuerung unserer Gesellschaft konsequent weitergehen.

Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen. Die Weltfinanzkrise und die daraus entstandene Weltwirtschaftskrise gefährden unseren Wohlstand und die weltweite Bekämpfung der Armut. Der Klimawandel bedroht weltweit die Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft. Zahlreiche regionale Konflikte, zerfallende Staaten und internationaler Terrorismus bringen neue Unsicherheit. In unserem eigenen Land drohen ungleiche Bildungschancen immer mehr Menschen Aufstiegsmöglichkeiten zu rauben. Bessere Zeiten liegen vor uns, wenn wir unsere Chancen nutzen.

Die SPD ist die Partei des Fortschritts. Wir stehen für Innovation und Gerechtigkeit. Wir wollen Innovationen in allen Bereichen fördern: In der Umwelt- und Energiepolitik, bei Mobilität und Verkehr, im Datenschutz und bei der Weiterentwicklung neuer Kommunikationstechnologien, in der Gesundheitsprävention und –förderung, in der Arbeitsorganisation und der Entwicklung zukunftsweisender Produkte, Prozesse und Technologien.

Unser zentrales Ziel ist es, allen Menschen gute und gleiche Lebenschancen zu ermöglichen. Jede und jeder muss ihre und seine Potenziale entfalten und das eigene Leben aus eigener Kraft gestalten können.

Wichtigste Voraussetzungen dafür sind eine dynamische Wirtschaft und der Vorsorgende Sozialstaat.

Der Vorsorgende Sozialstaat soll Menschen auf ihrem Weg begleiten, Mut machen und immer wieder aufs Neue fördern – allerdings auch eigenes Engagement und Eigenverantwortung einfordern.

Bildung nimmt im Vorsorgenden Sozialstaat eine herausragende Rolle ein. Jede und jeder soll entsprechend ihrer und seiner individuellen Leistungsfähigkeit und unabhängig von ihrer und

seiner Herkunft die Möglichkeit auf Bildung, beruflichen Erfolg und sozialen Aufstieg haben. Bildung ist auch Selbstzweck und fördert die individuellen Möglichkeiten. Aber die Fähigkeit und Notwendigkeit zum ständigen Lernen ist in unserer wissensbasierten Gesellschaft zur unabdingbaren Notwendigkeit geworden. In unserer zunehmend globalisierten und arbeitsteiligen Welt wird unser rohstoffarmes Land nur durch Bildung, Wissenschaft und technischen Fortschritt die Chancen auf wirtschaftliches Wachstum haben.

Mit der Ausrichtung unserer Politik auf nachhaltigen Fortschritt wollen wir dafür sorgen, dass wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und ökologische Vernunft sich gegenseitig verstärken. Unternehmen und Märkte werden mit einem sozialökologischen Ordnungsrahmen gefordert und bei der Erschließung von Zukunftsmärkten gefördert.

GUTE ARBEIT BRAUCHT ZUKUNFTSMÄRKTE - FÜR EIN NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir wollen nachhaltigen Fortschritt durch qualitatives Wachstum. Damit sichern wir unsere Position auf den globalen Zukunftsmärkten und dauerhafte Beschäftigung in unserem Land. „Made in Germany“ setzt auf innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Bessere Ideen, neue Technologien und höhere Qualität schaffen die Grundlage für neues Wachstum.

Wir können die ökologischen und sozialen Probleme der modernen Welt mit den Mitteln der modernen Welt lösen. Auf den Märkten der Zukunft werden sich die Produkte und Dienstleistungen durchsetzen, die die Lebensqualität einer wachsenden Weltbevölkerung verbessern und zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen erhalten. Deutschland ist als moderne Industrienation im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt. Wir müssen diese Position ausbauen - mit Waren und Verfahren, die Ressourcen schonen und Energie einsparen, den Klimawandel bekämpfen, schwere körperliche Arbeit ersetzen, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern. All dies ermöglicht Chancen auf bessere Lebensqualität und neuen Wohlstand. Deshalb sagen wir „Ja“ zum technischen Fortschritt.

Auf allen Feldern legen wir unserer Politik das Prinzip der Nachhaltigkeit zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Die Bedürfnisse künftiger Generationen beziehen wir mit ein. Das ist unser Leitbild, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Mit den Reformen auf dem Arbeitsmarkt haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass aus dem „kranken Mann in Europa“ wieder ein Wachstumsmotor wurde. Mit der ökologischen Modernisierung haben wir neue Chancen eröffnet, wie der Boom bei den erneuerbaren Energien zeigt. Der Staat muss die richtigen Impulse geben für die Leitmärkte der Zukunft. Wir setzen Prioritäten und bündeln staatliche Mittel und Instrumente – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Ökologische Industriepolitik macht Deutschland und Europa zum Wirtschaftsraum mit der weltweit effizientesten Nutzung von Rohstoffen und Energie.

In Zeiten der Globalisierung dürfen und können wir unser Land nicht abschotten. Wir müssen aktiv mitwirken und politisch Gestaltende bleiben. So brauchen wir ein einheitliches Unternehmenssteuerrecht in Europa sowie eine Harmonisierung der Subventionsleistungen, um den europäischen Standortwettbewerb in der Balance zu halten. Unsere Wachstumschancen in der Exportwirtschaft müssen wir besonders in den neuen Zukunftsmärkten wie den modernen Umwelttechnologien durch Clusterbildung unterstützen.

Ferner müssen wir unser Augenmerk verstärkt auf unsere strategischen wirtschaftlichen Bereiche richten, wie beispielsweise die Energieversorgung oder die Verkehrsinfrastruktur. Die nationalstaatlichen Steuerungsmöglichkeiten dürfen hier keinesfalls aus der Hand gegeben werden. Abschottung nein – aber Kontrolle und Steuerung ja.

VORSORGENDER SOZIALSTAAT: GUTE BILDUNG FÜR ALLE

Wir wollen eine Bildungsrevolution in Deutschland. Unser zentrales Ziel ist gute Bildung für alle von Anfang an. Denn nur so bekommen alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft möglichst gleiche Lebenschancen. Nur so können sich alle Talente in unserem Land entfalten. Nur so werden die Menschen befähigt, die Chancen der sich stetig wandelnden Arbeitswelt aktiv zu nutzen.

Mit der Weiterentwicklung unseres Sozialstaates zum Vorsorgenden Sozialstaat wollen wir den nachsorgenden Sozialstaat entlasten und den Wohlstand in der Gesellschaft ausbauen. Eine Politik der Vorsorge wird durch Arbeit, Bildung und lebenslanges Lernen unsere sozialen Sicherungssysteme ausbauen und stärken.

Schon heute ist die Kleinstaaterei in Bildungsfragen für die meisten Menschen nicht mehr verständlich. Wir brauchen deshalb eine bundesweite Kraftanstrengung. Nachdem wir den Ausbau der Kinderbetreuung für die Kleinsten endlich begonnen haben, müssen auch unsere Schulen bundesweit besser werden, in der Ausstattung und in der Vergleichbarkeit der Qualität.

Damit die Menschen von Anfang an und über die gesamte Lebenszeit hinweg gute Bildungschancen erhalten, muss Bildung für alle zugänglich sein und erschwinglich bleiben. Auch um dies zu garantieren, braucht der Bund formale Zuständigkeiten für die Bildung.

GUTE BILDUNG UND BETREUUNG VON ANFANG AN

Wir müssen den Weg der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent fortsetzen. Das in dieser Legislaturperiode beschlossene Recht auf einen Kinderkrippenplatz ab dem Jahr 2013, das neue Elterngeld und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten sind wegweisende Elemente sozialdemokratischer Familienpolitik. Um die Belastung von Familien weiter abzubauen, werden wir das Steuersystem weiterentwickeln und besonders das Ehegattensplitting verändern. Familie ist da, wo Kinder sind. Und dort soll gefördert werden. Schon heute wird ein Drittel aller Kinder außerhalb von Ehen geboren.

Gute Bildung beginnt beim Kleinkind. Wir wollen, dass Eltern von Anfang an ihre Kinder und ihren Beruf vereinbaren können - und zwar überall in Deutschland. Dabei unterstützen wir öffentliche, gemeinnützige und private Betreuungseinrichtungen. Öffentliche Betreuungsangebote allein sind mancherorts nicht flexibel genug in der Lage, allen Eltern die Möglichkeit zu bieten, einem Beruf nachzugehen. Individuelle Lösungen müssen für alle Eltern bezahlbar und erreichbar sein.

Wir wollen Kinderbetreuungseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, in denen auch Angebote zur Beratung und Qualifizierung der Eltern gemacht werden, die Arbeit eng mit dem Stadtteil verbunden und ehrenamtliche Beteiligung gefördert wird. Im Mittelpunkt steht

die bestmögliche und individuelle Förderung jedes Kindes, auch in seinen musischen, künstlerischen, sportlichen und sprachlichen Fähigkeiten.

Auf die Qualität der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kommt es an. Deshalb müssen Erzieherinnen und Erzieher erstklassig qualifiziert sein. Zurzeit sind nur 3 Prozent des pädagogischen Personals für Kleinkinder männlich. Wir brauchen mehr Männer im Erziehungsbereich, damit Kinder weibliche und männliche Bezugspersonen haben. Auch Tagesmütter und -väter müssen besser qualifiziert werden und sollen in engem Kontakt zu Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen vermittelt werden.

GUTE ARBEIT BRAUCHT GUTE SCHULE

Aufstieg durch Bildung – so lautet ein sozialdemokratisches Kernversprechen. Deshalb erwarten die Menschen, dass wir die Schwachstellen unseres Bildungssystems angehen, anstatt nur Strukturdebatten darüber zu führen. Wir stehen für die ganztägige Schule, die inhaltliches und soziales Lernen verbindet. Diese Schule schafft die Grundlagen für die Integration aller Kinder in die Gesellschaft, gleich welcher Herkunft. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen für Kinder ermöglichen.

Über die Vermittlung von Wissen hinaus müssen Schulen Lebensort sein. Ganztagschulen müssen gesunde Ernährung anbieten. Die Schülerinnen und Schüler brauchen an ihrer Schule auch Möglichkeiten zu Sport, künstlerischer Kreativitätsförderung und ehrenamtlichem Engagement.

Wir wollen selbständige Schulen, die bei der Verwendung ihres Budgets größere Freiheiten bekommen und denen genug Geld zur Verfügung steht, um ihre Integrationsaufgaben zu erfüllen. Des Weiteren müssen die Lehrkräfte besser befähigt werden, die Jugendlichen beim Übergang in die Berufsausbildung zu unterstützen. Leistungsabhängige Elemente in der Beförderungs- und Entgeltstruktur der Lehrerinnen und Lehrer erachten wir als sinnvoll.

GUTE ARBEIT BRAUCHT LEBENSLANGES LERNEN

Um Deutschland zukunftsfähig zu machen, wollen wir die unterschiedlichen Bildungswege besser miteinander verzahnen: Gesellinnen und Gesellen müssen beispielsweise Module an den Hochschulen belegen können; außerdem wollen wir die berufliche Weiterbildung ausbauen und die Kooperation mit Hochschulen und Schulen fördern.

Um tatsächlich allen Erwerbstätigen lebenslanges Lernen zu ermöglichen, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Arbeitsversicherung soll Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern und Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Um effektiv zu sein, braucht die Arbeitsversicherung regionale Weiterbildungsnetzwerke, die den Arbeitskräftebedarf analysieren sowie eine Beratungsstruktur für Weiterbil-

dungen. Zusätzlich kämpfen wir für ein Recht auf Weiterbildung, ein „Aufstiegsbafög“ sowie eine Kultur der zweiten und dritten Chance im Berufsleben.

LEBEN IM ALTER

Die verschiedenen Generationen in unserer Gesellschaft brauchen einander. In den Familien betreuen Großeltern die Enkelkinder, Kinder pflegen und unterstützen ihre Eltern. Doch zunehmend übernehmen auch Menschen füreinander Verantwortung, die gar nicht miteinander verwandt sind. Dieses Zusammenleben der Generationen wollen wir im öffentlichen Leben weiter fördern. In jeder Gemeinde kann und soll es sie geben: Ältere, die Kindern vorlesen ebenso wie Jugendliche, die den älteren Menschen im Alltag helfen.

Viele Ältere können und wollen sich engagieren, wollen mitwirken und möglichst selbständig leben. Das bietet Chancen für den Ausbau von Produkten und Dienstleistungen, die besonders die Zielgruppe der Älteren nachfragt. Noch nie gab es eine wirtschaftlich so starke ältere Generation wie heute, aber die gesellschaftlichen Potenziale der Älteren können wir noch besser nutzen.

Für das Leben im Alter setzen wir auf das Leitbild der Eigenständigkeit. Solange möglich und gewünscht, sollen Seniorinnen und Senioren in ihren eigenen vier Wänden leben können. Dafür sollen sowohl technische Möglichkeiten als auch Produkte und Unterstützungsleistungen weiter entwickelt werden. Das Mehrgenerationenwohnen soll weiter gefördert werden.

Auch angesichts des demografischen Wandels brauchen wir einen massiven Ausbau der Pflege in Deutschland. Es geht um menschenwürdige, gute Pflegeeinrichtungen sowie um ein breites, bezahlbares Dienstleistungsangebot für die Pflege zuhause.

Viele Erwerbstätige werden in Zukunft durch die Pflege ihrer Eltern ebenso beansprucht wie durch die Betreuung ihrer Kinder. Wir wollen dieser Generation Entlastung verschaffen und gleichzeitig verhindern, dass die Pflegebedürftigen in Abhängigkeiten gedrängt werden. Deshalb müssen ambulante und stationäre Pflegeleistungen bezahlbar sein und der Pflegebegriff weiter entwickelt werden.

GLEICHE LEBENSCHANCEN DURCH GESUNDHEIT

Wie gesund ein Kind aufwächst, wie lange Menschen gesund bleiben und wie lange sie leben, hängt in Deutschland zu stark von ihrem sozialen Status und ihrer Bildung ab. Herkunft entscheidet über die Gesundheitschancen.

Unser Gesundheitssystem befasst sich ganz überwiegend mit der Behandlung eingetretener Krankheiten. Jede und jeder, der krank ist, muss auch weiterhin die notwendige Hilfe bekommen – unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht und Herkunft.

Die wichtigste Aufgabe für die Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens ist die Stärkung der Prävention im Gesundheitswesen. Dazu gehören die Reduzierung von Gesundheitsbelastungen (am Arbeitsplatz, aus Umwelt und Ernährung), durch Gesundheitserziehung für richtige Ernährung, Bewegung und Körperbewusstsein und regelmäßige Vorsorge und Früherkennung.

Wir wollen flächendeckende Gesundheitsberatung, die die Menschen unabhängig von den Leistungserbringern durch das Gesundheitswesen begleiten. Dazu wollen wir den öffentlichen Gesundheitsdienst wieder flächendeckend leistungsfähig machen und lokale Gesundheitszentren einrichten. Besonderen Wert legen wir dabei auf die gesundheitliche Betreuung von Neugeborenen und Kleinkindern.

Gesundheitsschädliche Produkte und Konsumgewohnheiten werden wir verteuern, sei es durch den Abbau von Subventionen oder gezielte Besteuerung.

Der Versicherungsschutz für jeden und der Finanzausgleich nach Krankheitsrisiken sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Bürgerversicherung, für die wir weiterhin eintreten. Wir wollen unser Gesundheitswesen gerechter finanzieren.

CHANCEN DURCH EINWANDERUNG

Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Kulturelle und ethnische Vielfalt bereichert unser Land. Auch unsere Wirtschaftskraft ist ohne internationale Orientierung nicht denkbar. Dennoch machen wir auf dem Gebiet der Integration zu wenig Fortschritte. Talente und Fähigkeiten liegen brach, Eingewanderte haben in unserer Gesellschaft die geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz und einer Berufskarriere, was wir auch angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels nicht hinnehmen können.

Um mehr gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten nach Deutschland zu holen, brauchen wir eine gesteuerte Zuwanderung über ein Punktesystem wie in Kanada oder Neuseeland.

Sprachkompetenz ist die Grundlage für Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine gute Ausbildung. Wir wollen, dass alle Einwandererkinder schon vor der Schule intensiv Deutsch lernen. Auch für Jugendliche und Erwachsene muss ein flächendeckendes Sprachangebot bestehen, für das stark geworben wird.

Im Ausländerrecht und beim Asylverfahren wollen wir für zeitnahe Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus sorgen. Nur wer weiß, ob er langfristig bleiben wird, kann sich integrieren.

Wir unterstützen den Integrationsprozess durch die Ausweitung des Rechtsanspruches auf vorschulische Bildung und Betreuung, Einführung der Gebührenfreiheit, Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren, flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen und mehr individuelle Förderung, effektives Schülerinnen- und Schüler-BAföG, verbesserte Förderung und Unterstützung von Familien, Rechtsanspruch auf die 2. und 3. Chance, bessere Erwachsenenbildung und mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Diese Maßnahmen helfen allen Kindern, Jugendlichen und Familien, sind für viele Migrantinnen und Migranten aber von besonderer Bedeutung.

ARBEIT SCHAFFT TEILHABE

Arbeit ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Doch ganztägige Arbeit muss ein existenzsicherndes Einkommen garantieren. Deshalb brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn. Dessen genaue Höhe soll eine Kommission aus Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Wissenschaft festlegen. Auch weiterhin werden die Tarifparteien branchenspezifische Mindestlöhne aushandeln können, die darüber liegen.

Zudem wollen wir einen „Bonus für Arbeit“, mit dem die Jobs im Niedriglohnbereich voll sozialversicherungspflichtig werden und gleichzeitig neue Beschäftigungschancen entstehen. Dieser Bonus wird über das Steuersystem gewährt: Liegt das individuelle Einkommen über dem festgelegten Mindestniveau, müssen Steuern gezahlt werden - liegt es darunter, erfolgt eine Steuergutschrift (negative Einkommensteuer). Parallel wollen wir Mini- und Midijobs als atypische Beschäftigungsverhältnisse abschaffen.

Zeitarbeit ist nichts Schlechtes, solange die Prinzipien gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit gelten. Deshalb muss die betriebliche Mitbestimmung stärker als bisher für Zeitarbeitstätige gelten. Und wir streiten für betriebliche Vereinbarungen, die Höchstquoten für Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer festzulegen.

Neue Regelungen müssen auch für Praktika und Solo-Selbständige gelten: Praktika sind Lernverhältnisse und dürfen grundsätzlich nicht als billige Arbeitsverhältnisse missbraucht werden; Solo-Selbstständige sind in die Sozialversicherungssysteme zu integrieren. Als ersten Schritt wollen wir die Riesterreute für Solo-Selbständige.

Unser Ziel ist die weltbeste Arbeitsvermittlung für Deutschland. Um die Arbeitslosigkeit konsequent und dauerhaft abzubauen, wollen wir die Beratung und Vermittlung – vor allem auch der Langzeitarbeitslosen – intensivieren. Dafür müssen wir die Entscheidungskompetenzen und die zeitlichen Ressourcen der Beraterinnen und Berater stärken und gefährdete Gruppen wie Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende, Jugendliche und ältere Arbeitslose besonders in den Blick nehmen. Ein weiteres Manko des deutschen Arbeitsmarktes sind die starr organisierten Übergänge in die Rente. Dieses System wollen wir um flexiblere Formen des Übergangs (Teilrente) ergänzen. Wir wollen stärkere Anreize setzen, die Lebensarbeitszeit auszuschöpfen – und setzen unsere Politik der Abschaffung von Frühverrentung und Vorruhestand fort.

FACHKRÄFTEBEDARF SICHERN – WIR MÜSSEN ALLE POTENZIALE ERÖFFNEN

Bereits heute steht Deutschland vor einem gewaltigen Fachkräftemangel, der in den kommenden Jahren sogar noch zunehmen wird. Gute Fachkräfte sind international gefragt und mobil. Deshalb müssen wir unseren Fachkräftebedarf auch über eine gesteuerte Zuwanderung decken.

Darüber hinaus sind wir in der Pflicht, unsere eigenen Hausaufgaben zu machen: Jede und Jeder Jugendliche ungeachtet der individuellen Voraussetzungen hat ein Recht auf eine Ausbildung. Von den Unternehmen erwarten wir, dass sie in dieser Frage vorausschauend und verantwortungsbewusst handeln.

Im Gegenzug muss die Gesellschaft diejenigen Unternehmen unterstützen, die benachteiligte und lernschwache Jugendliche ausbilden oder überbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

KULTURPOLITIK - DIE WISSENSGESELLSCHAFT BRAUCHT EINE KULTURELLE INFRASTRUKTUR

Kultur ist die geistige Lebensgrundlage des Menschen. Sie prägt das Individuum, stiftet Identität und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kultur ermöglicht gesellschaftliche Partizipation.

Kultur trägt zum Gemeinwohl bei und darf deshalb nicht ausschließlich den Regeln des Marktes unterliegen. Der Staat hat ihr gegenüber eine besondere Verantwortung. Staatliche Kulturförderung kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Dies gilt nicht nur für die Pflege des kulturellen Erbes sondern auch für die zeitgenössische Kunst. Jede und jeder muss die Chance erhalten, an kultureller Vielfalt und künstlerischer Kreativität teilzuhaben, sich zu entfalten. Unserer Verfassung stünde es gut zu Gesicht, dies besonders zum Ausdruck zu bringen. Deshalb wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.

Weil es auch bei einer weiterentwickelten sozialdemokratischen Kulturpolitik darum gehen muss, Menschen zu stärken, ist es eine besondere Verpflichtung des Staates, die Chance zu Teilhabe überhaupt zu eröffnen. Dies bedingt, dass der kulturellen Bildung ein besonderer Stellenwert zukommt. Sie dient einer umfassenden Persönlichkeitsbildung, befähigt zu sozialer Mündigkeit und fördert zudem die Verantwortungsbereitschaft in der Zivilgesellschaft. Angebote der kulturellen Bildung müssen deshalb vom frühkindlichen Alter an unterbreitet werden. Unter dem Leitbild des vorsorgenden, aktivierenden Sozialstaates gilt es somit, in einem umfassenden Sinne die kulturellen Kompetenzen zu fördern. Dafür brauchen wir eine ausgeprägte kulturelle Infrastruktur, die es jeder und jedem ermöglicht, ihre und seine Fähigkeiten zu entwickeln

Die Kultur- und Kreativwirtschaft besitzt Potenziale für die kulturelle Vielfalt, Wachstum und Beschäftigung. Mit ihr ist ein neuer Wachstumssektor entstanden, der eine hohe Nachfrage nach künstlerisch fundierter Kompetenz aufweist. Somit stützt auch die künstlerische Kreativität das volkswirtschaftliche Innovationspotenzial.

Gleichwohl muss sich sozialdemokratische Kulturpolitik in besonderer Weise den Kreativen sowie Künstlerinnen und Künstler verpflichtet fühlen, die in ungesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Grundlage einer kreativen Erwerbsarbeit ist das geistige Eigentum. Der Schutz des geistigen Eigentums und die Verwertungsformen sind an die jeweilige technische Entwicklung anzupassen, um eine angemessene Vergütung kreativer Leistungen sicherzustellen. Zudem müssen die speziellen Belange der Künstlerinnen und Künstler in den Systemen der soziale Grund- und Alterssicherung berücksichtigt werden.

Das Zusammenleben innerhalb und zwischen den Nationen ist durch kulturelle Vielfalt bestimmt. Der Austausch zwischen den Kulturen bereichert das Leben. Wir stehen für eine weltoffene und tolerante politische Kultur. Das Bewusstsein um die eigene kulturelle Identität, die gegenseitige Neugier auf andere kulturelle Prägungen und der Respekt ihnen gegenüber sind Grundbedingungen des friedlichen Zusammenlebens in einer globalen Gesellschaft.

DATENSCHUTZ ALS FREIHEITSRECHT

Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie bietet nie dagewesene Wege der Kommunikation, Möglichkeiten der Archivierung von Informationen und eine schnelle, globale Weitergabe sowie Zugriff auf diese. Für alle Bereiche unserer Gesellschaft sind diese neuen Instrumente der Sammlung, Speicherung, Verarbeitung, Verknüpfung und Weitergabe von Daten nützlich und inzwischen unentbehrlich geworden. Gleichzeitig haben aber auch die Möglichkeiten des Missbrauchs genauso zugenommen. Die Verteidigung von Freiheits- sowie Bürgerrechten gehört seit der Gründung der SPD zu ihren Grundwerten. Deshalb wollen wir das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Selbstbestimmung über ihre Daten mit einem effektiven Schutz sicherstellen. Wir wollen nicht, dass sensible, personenbezogene Informationen wie Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdaten, Sozial- sowie Gesundheitsdaten oder Bankinformationen und Einkaufsverhalten ohne Zustimmung der Betroffenen genutzt und weitergegeben werden können.

Mehrere Datenschutzskandale der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, wie stark die Persönlichkeitsrechte von Bürgerinnen und Bürger im Unternehmens- und Verbraucherbereich bedroht sind. Um die Überwachung und Diskriminierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Arbeitsverhältnis oder bei der Personalauswahl zu verhindern, fordern wir ein einheitliches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Die Stellung betrieblicher Datenschutzbeauftragter zu stärken ist dabei ein zentraler Bestandteil. Aber auch die Nutzung und Weitergabe von persönlichen Daten für kommerzielle Werbung und Marktforschung muss im Rahmen eines aktiven Verbraucherschutzes begrenzt und kontrolliert werden. Insbesondere Transparenz – die Information der Betroffenen, was mit ihren Daten geschieht - muss gewährleistet sein. Wo die freiwillige Selbstverpflichtung nicht ausreicht, müssen effektive Kontrollen greifen und Verstöße mit Bußgeldern bestraft werden.

ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN MÜSSEN POLITIKFÄHIG BLEIBEN

Die SPD steht für den handlungsfähigen Staat. Wir sind überzeugt, dass es Aufgaben gibt, die nur der Staat erfüllen kann: Soziale Sicherung, Lebenschancen für alle, Infrastruktur und auch die Gewähr für eine Stabilität der Märkte. Um seine Aufgaben zu erfüllen, braucht der Staat genügend Mittel – auch langfristig. Doch die öffentlichen Haushalte in Deutschland haben in den vergangenen Jahrzehnten einen Schuldenberg von mehr als 1,5 Billionen Euro angehäuft. Dieser enorme Druck auf die öffentlichen Haushalte wird massiv zunehmen. Wir wissen: Nur wenn wir den Bundeshaushalt sanieren, können wir Handlungsspielräume zurückgewinnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine neue Schuldenregel im Grundgesetz ein zentraler Schritt, hat sich doch die bisherige Regel aus Artikel 115 Grundgesetz als wirkungslos erwiesen. Die neue Schuldenregel verhindert den weiteren Anstieg des Schuldenberges durch klare Vorgaben und Sanktionen. Zudem enthält sie einen Ausnahmekatalog, damit der Staat in Notsituationen einen Verschuldungsspielraum hat – allerdings mit der Pflicht, die Schulden später auch wieder abzubauen.

In Zeiten knapper Kassen müssen wir klare haushalterische Prioritäten setzen: Um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu begünstigen, die Erwerbsquote zu steigern und auch in Zukunft soziale Sicherheit zu garantieren, werden wir mehr Mittel für zukunftsbezogene und weniger für vergangenheitsbezogene Ausgaben bereitstellen. Moderne Haushaltspolitik ist investierende Haushaltspolitik: Zukunftsinvestitionen haben Vorrang vor Vergangenhheitssubventionen.

Um die vorhandenen Mittel effizienter einzusetzen, werden wir die Qualität der Staatsausgaben verbessern. Denn noch immer gibt der Staat Geld aus, mit dem geplante Ziele nicht erreicht werden.

LOBBYISMUS TRANSPARENT MACHEN, KARENZZEIT SCHAFFEN

Wir wollen den Einfluss von Lobbyistinnen und Lobbyisten auf die Politik begrenzen. Vertreterinnen und Vertreter von Interessen gleich welcher Art sollen einer Registrierungspflicht beim Deutschen Bundestag unterworfen werden. Ein gesetzliches Lobbyistenregister soll größtmögliche Transparenz schaffen. Auch wollen wir Lobbyistinnen und Lobbyisten einem Verhaltenskodex unterwerfen, der unlautere Einflussversuche unterbindet.

Immer wieder sorgt der Wechsel früherer Amtsträgerinnen und Amtsträger in die Privatwirtschaft für öffentliche Aufregung. Mit Einführung einer gesetzlichen Karenzzeit wollen wir den Wechsel von Amtsträgerinnen und Amtsträgern in Bereiche, in denen sie zuvor politische Verantwortung getragen haben, einer einjährigen Wartefrist unterwerfen. Dies sorgt für Transparenz und Rechtsklarheit.

DEMOKRATIE STÄRKEN

Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss von jeder Generation neu erlernt, begriffen und mit Leben gefüllt werden. Der massive Mitgliederschwund der Volksparteien und die sinkende Wahlbeteiligung sind Zeichen für Unzufriedenheit und Unsicherheit mit der politischen Ordnung. Wir brauchen neue Impulse für unsere Demokratie.

Wir fordern eine transparentere Darstellung von politischer Arbeit und eine intensivere Vermittlung von Wissen über Politik und die parlamentarische Demokratie. Daher plädieren wir für eine verbesserte politische Bildung durch Schulen, Medien, Politik und Elternhäuser. Zudem setzen wir uns ein für die verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen. Dazu gehört auch die Einführung von mehr direkter Demokratie auf der Bundesebene. Wir müssen den Menschen offensiv demokratische Werte vermitteln und ihre politische Beteiligung fördern. Demokratisches Verständnis ist nicht erblich, aber lernbar und lebbar.